

Mehr Sicherheit für die Menschen

Wer in Wohnungen einbricht, wird künftig härter bestraft. Dies soll Täter abschrecken. Wer Asyl erschleichen will, muss mit schärferen Kontrollen rechnen. Gegen islamistischen Extremismus will die Bundesregierung gezielt vorbeugen. Im Koalitionsausschuss hat die CDU wichtige Punkte setzen können:

- **Wohnungseinbruch ist ein Verbrechen.** Einbrecher werden härter als bisher bestraft. Die Mindeststrafe liegt künftig bei einem Jahr Haft. Damit setzt die CDU ein Zeichen. Denn alle drei Minuten ereignet sich in Deutschland ein Einbruch. Das wollen wir verhindern.
- **Einbrecher effektiver verfolgen.** Dazu geben wir der Polizei zusätzliche Möglichkeiten. Sie darf zur Fahndung nach Einbrechern künftig auch Telefon- und Internetdaten auswerten. Das erhöht die Chancen auf Aufklärung erheblich. So können Einbrecherbanden leichter gefasst, Täter zur Rechenschaft gezogen und künftige Taten verhindert werden.
- **Asyl- und Sozialbetrug nehmen wir nicht hin.** Deshalb erleichtern wir die Aufklärung bei Verdacht. Die Sozialbehörden bekommen Zugang zu den Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Die Ämter dürfen mit Fingerabdrücken unklare Identitäten feststellen. Wer zu Unrecht eine Vaterschaft anerkennt, um bleiben zu dürfen, muss mit DNS-Tests rechnen.
- **Islamisten dürfen keinen Zulauf bekommen.** Ein Präventionsprogramm soll Jugendliche vor den Gefahren des Islamismus warnen und schützen. Dafür stehen 2018 zusätzlich 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland sicher leben und Verbrecher konsequent bestraft werden. Dafür arbeitet die CDU.

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font.